



Detailansicht des Registereintrags

Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V.

Aktuell seit 31.10.2025 12:13:26

Eingetragener Verein (e. V.)

| | |
|-------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------|
| Registernummer: | R004653 |
| Ersteintrag: | 25.05.2022 |
| Letzte Änderung: | 31.10.2025 |
| Letzte Jahresaktualisierung: | 31.10.2025 |
| Tätigkeitskategorie: | Nichtregierungsorganisation (NGO) |
| Kontaktdaten: | Adresse: UfU e.V. Greifswalder Straße 4 10405 Berlin Deutschland |
| | Telefonnummer: +4942849930 |
| | E-Mail-Adressen: mail@ufu.de |
| | Webseiten: www.ufu.de |

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

10.001 bis 20.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,25

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr Michael Zschiesche**
Funktion: Geschäftsführer
2. **Florian Kliche**
Funktion: Geschäftsführer
3. **Adrian Johst**
Funktion: Vorstandsvorsitzender
4. **Berthold Breid**
Funktion: Schatzmeister

Batraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (4):

1. **Luisa Schneider**
2. **Jonas Rüffer**
3. **Dr Michael Zschiesche**
4. **Florian Kliche**

Gesamtzahl der Mitglieder:

171 Mitglieder am 24.06.2024, davon:

169 natürliche Personen
2 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (15):

1. Deutscher Naturschutzbund (DNR)
2. Klima-Allianz
3. Bundesverband Schule Energie Bildung
4. Ecological Research Network
5. Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU)
6. Berlin 21
7. Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung (DGU)
8. Environmental Law Alliance Worldwide (ELAW)
9. GRÜNE LIGA e.V.
10. Landesverband für Energieeffizienz e.V.
11. Allianz Rechtssicherheit
12. J&E (Justice & Environment)
13. Umweltbildungsforum LSA
14. VAV e.V. (Verein für alternative Versorgungskonzepte)
15. Sustainable Development Solutions Network Germany (SDSN)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (17):

Menschenrechte; Berufliche Bildung; Schulische Bildung; Vorschulische Bildung; Energienetze; Erneuerbare Energien; Entwicklungspolitik; Meinungs- und Pressefreiheit; Asyl und Flüchtlingschutz; Bauwesen und Bauwirtschaft; Stadtentwicklung; Öffentliches Recht; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Das Unabhängige Institut für Umweltfragen ist ein wissenschaftliches Institut und eine Bürgerorganisation. Neben der wissenschaftlichen Tätigkeit im In- und Ausland initiiert UfU Projekte und Netzwerke, die öffentlich und gesellschaftlich relevant sind. UfU arbeitet in den vier Fachgebieten Energieeffizienz und Energiewende, Klimaschutz und Transformative Bildung, Umweltrecht und Partizipation, Naturschutz und Umweltkommunikation. Derzeit sind ca. 30 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im UfU beschäftigt. Darüber hinaus arbeitet UfU regelmäßig mit festen freien Kolleginnen und Kollegen zusammen. Die Ergebnisse unserer Arbeit publizieren wir regelmäßig in Studien und Paper sowie diversen Bildungsmaterialien. UfU verzahnt, getreu seinem Credo Umweltwissenschaft Bürgernah, seine Forschungsaktivitäten mit der Umsetzung praktischer Projekte. Wir arbeiten daher häufig mit anwendungsbezogenen Schwerpunkten.

Im Bereich des Umweltrechts ist es unser Hauptanliegen zu untersuchen, wie sich bei den Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger Theorie und Wirklichkeit zueinander verhalten. Ein Schwerpunkt ist hier die empirische Rechtsforschung, in deren Rahmen wir Umfang, thematische Schwerpunkte und Erfolg von Bürgerengagement untersuchen.

Einen weiteren Schwerpunkt stellt die Methodenforschung zur Partizipation dar, die oft in engem Zusammenhang mit Fragen des Umweltrechts steht, dient sie doch dazu, Verbesserungsmöglichkeiten auf eben diesem Gebiet der Bürgerbeteiligung zu erarbeiten.

Entwickelt, miteinander verglichen und verbessert werden dabei die Herangehensweisen und Methoden zur Partizipation in Umweltschutz und -recht.

Auch in der Umweltbildung macht die Methodenforschung einen wesentlichen Schwerpunkt aus. Hier geht es um Wege zur Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten insbesondere in den Feldern Klimaschutz, Energiewende und Erneuerbaren Energien. Hierbei zielen wir auf alle Altersgruppen und entwickeln Methoden und Arbeitsmaterialien, die geeignet sind, intrinsische Motivation zu erzeugen, und das Thema vom Lehrer- zum Schülerthema zu wandeln, das auch im privaten Lebensalltag eine Rolle spielt. Darüber hinaus werden Ansätze entwickelt, die die pädagogische Arbeit gleichzeitig mit direkten Erfolgen im Klimaschutz zu verbinden, wie dies beispielsweise mit Anreizmodellen zum Energiesparen wie fifty-fifty aber auch mit pädagogisch genutzten Schul-Solaranlagen erfolgreich umgesetzt wird.

Neben Klimaschutz ist auch der Naturschutz ein wesentliches Thema, was methodisch breit und konkret anwendungsbezogen bearbeitet wird. Die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt oder auch Biodiversität sind zentrale Themen des Naturschutzes. Der Reichtum der Arten wird zunehmend durch Klimaänderungen, Landnutzungswandel oder das

Auftreten invasiver Arten bedroht. Von der Erfassung von Daten über Vernetzungsdienstleistungen oder Weiterbildungen arbeiten wir mit verschiedenen Akteuren und Zielgruppen, um beispielsweise die Ausbreitung invasiver Arten einzudämmen.

Konkrete Regelungsvorhaben (2)

1. Schutz der Öffentlichkeitsbeteiligung bei Infrastrukturvorhaben

Beschreibung:

Wir setzen uns gegen die Beschneidung der Öffentlichkeitsbeteiligung bei UVP-pflichtigen Verfahren ein.

Betroffenes geltendes Recht:

UVPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2510300022 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. EU-Richtlinie über Emissionen aus Industrie und Tierhaltung (IED) in deutsches Recht

Beschreibung:

Die Richtlinie (EU) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen

(nachfolgend als IED bezeichnet) intendiert, die menschliche Gesundheit und Umwelt in integrierter und medienübergreifender Weise noch besser zu schützen; gleichzeitig sollen Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft und Dekarbonisierung gefördert werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Referentenentwurf für den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024 /1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen sowie zu seinem Referentenentwurf für eine Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen

Datum des Referentenentwurfs: 17.01.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2510300024 \(PDF - 14 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (23):

1. **Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 100.001 bis 110.000 Euro

Die Demonstration einer wirtschaftlichen Nutzung von Bergbaufolgeflächen für den Anbau von Cassava zur Bioethanolproduktion soll in der südostasiatischen Provinz Lam Dong gezeigt werden. Auch werden rechtliche Regelungen zur Kultivierung von Bergbauflächen konzipiert. Darüber hinaus wird für zwei Provinzen eine Übersichtskarte von Marginalflächen erstellt, die das Brachflächenkataster für Bergbauflächen aus dem Pilotprojekt ergänzt. Damit soll der vietnamesischen Umwelt-Administration (VEA) ein Instrument für die Verwaltung und Planung der Nachnutzung bzw. Nutzung von Bergbau- und Marginalflächen zur Verfügung gestellt werden. Projektbegleitend erfolgen abgestimmte Kommunikations- und Schulungsmaßnahmen zur Sensibilisierung und Kapazitätsbildung für vietnamesische Stakeholder aus Regierungseinrichtungen, der Wirtschaft und wissenschaftlichen Einrichtungen als auch Entrepreneurs im Sektor Erneuerbare Energien, nachwachsende Rohstoffe, Rohstoffabbau, Landwirtschaft und Klimaschutz.

2. **BMUV**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 110.001 bis 120.000 Euro

Im Projekt ZIVIKLI werden die erarbeiteten Handlungsoptionen gemeinsam mit Partnerorganisationen in Georgien, Kolumbien und der Ukraine nun umgesetzt. Während der BUND in enger Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen deren klimapolitische

Profile und Aktivitäten und stärkt, begleitet UfU das Projekt vor allem wissenschaftlich und mit Blick auf Fragen zur zivilgesellschaftlichen Beteiligung in der Klimapolitik. So wurde eine Studie zum Status Quo und Good Practices der Beteiligung der Zivilgesellschaft veröffentlicht und für jedes der Partnerländer Handlungsempfehlungen definiert, wie die Beteiligung der Zivilgesellschaft in Klimaschutzstrategien verbessert werden kann.

3. **BMUV**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Mit CapaViet 3 verlängert das UfU sein Engagement im Altlastenmanagement in Vietnam.

Durch die Kombination von Maßnahmen im Bereich Bildung, des Know-how- und

Technologietransfers und der Förderung der Behördenkooperation sollen die Kapazitäten in der Erfassung und im Umgang mit kontaminierten Flächen innerhalb der vietnamesischen Behörden weiter gestärkt werden.

4. **BMBF**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 130.001 bis 140.000 Euro

Das Ziel des GreenCityLab Hue Projekts ist die Schaffung eines mehrstufigen und multidisziplinären Forschungs- und Experimentierraums, in dem Ideen und Konzepte für die Wiederherstellung und den Ausbau grün-blauer Infrastrukturen (GBI) in der Stadt Hue, Zentralvietnam, entwickelt, getestet, visualisiert, diskutiert und umgesetzt werden sollen. In Kooperation mit Stakeholdern aus Wissenschaft, Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft wird das Projektkonsortium für die gemeinsam abgestimmte, koordinierte und strategisch geplante Entwicklung eines Netzwerks von (halb-) natürlichen Gebieten in Hue gemeinsames Know-How, Konzepte und eine Datenbank entwickeln. Durch die Integration von naturbasierten Lösungen und GBI in die Stadtentwicklung Hues können eine Vielzahl von Ökosystemdienstleistungen geschützt werden und dabei gleichzeitig die soziale und ökologische Resilienz Hues und seiner Umgebung z.B. gegenüber den Folgen des Klimawandels erhöht und gestärkt werden.

5. **Umweltbundesamt**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Dessau-Roßlau

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

Der Schwerpunkt des Projektes liegt zum einen darauf, Dialog- und Positionierungsprozesse hinsichtlich der Umsetzung der Aarhus-Konvention auf der europäischen Ebene zu organisieren, und zum anderen auf der Informationsaufbereitung und der Erstellung von Bildungsmaterialien rund um die Themen Umweltinformationszugang, Beteiligung und Rechtsschutz in Umweltangelegenheiten auf europäischer Ebene.

6. **BMUV**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 150.001 bis 160.000 Euro

Der Klimawandel hat ein Gesicht, genau genommen fast acht Milliarden Gesichter. Denn der Mensch ist sowohl Verursachender des Klimawandels als auch Leidtragender seiner weitreichenden Folgen. Außerdem ist der Klimawandel wahrlich kein Thema der Zukunft, sondern bereits jetzt für viele Menschen aktuell und real. Deshalb bietet das UfU e.V. im Verbundprojekt KlimaGesichter Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte und an dem Projekt interessierten Klimaschützern eine Fortbildung zu Klimaschutzbotschaftern an.

7. **BMUV**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

Die Produktion von Biomasse für eine energetische Verwertung wird in ländlichen Gebieten bereits im großem Maßstab und unter hohem Verbrauch von Fläche praktiziert. In diesem Pilotprojekt soll dieses Vorgehen auf für den Klimaschutz ungenutzte Räume übertragen werden. Durch die vertikale Produktion wird der Flächenverbrauch für die Produktion von Biomasse eingespart und neben Klimaschutz- auch Klimaanpassungsmaßnahmen, die insbesondere für urbane Räume wertvoll sind, zur Verfügung gestellt.

8. **BMBF**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro

Invasive und gebietsfremde Arten (IGA) breiten sich zunehmend aus und bedrohen dabei nicht nur andere Arten oder deren Lebensräume, sondern haben auch Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Gesundheit der Bevölkerung. Das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) will zusammen mit dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) sowie dem Verein Wildlife Detection Dogs durch die Einbeziehung von zu schulenden Hunden und deren Halter*innen die

9. **BMUV, Heidehof-Stiftung**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin; Stuttgart

Betrag: 100.001 bis 110.000 Euro

Das dreijährige Vorhaben Mein grün-faires-Revier stärkt junge Menschen im Lausitzer Revier (LR) und Mitteldeutschen Revier (MR) darin, den ökologischen Strukturwandel ihrer Regionen sowie eine umweltgerechte Stadtentwicklung nach ihren Vorstellungen mitzugestalten. Gemeinsam mit dem BUNDjugend Bundesverband und dem BUND /BUNDjugend Brandenburg als Projektpartner*innen sollen junge Menschen bestärkt, empowert und unterstützt werden. Die Bedürfnisse der jungen Menschen selbst, ihre Ideen und Handlungsspielräume sollen dabei den Raum bekommen, der leider häufig viel zu kurz kommt. Gerechtigkeits- und Partizipationsfragen spielen ebenso eine Rolle wie persönliche Perspektiven auf Engagement, Beruf sowie Wohnort und Lebensweltgestaltung.

10. **BMUV**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Partizipation, Digitalisierung und Umweltschutz. Wie geht das zusammen? Das UfU untersucht in dem Projekt E-Partizipation Umwelt wo die Möglichkeiten und Grenzen digitaler Beteiligungsinstrumente für die Beteiligung der Öffentlichkeit in umweltrelevanten Verwaltungsverfahren in Deutschland liegen.

11. **BMUV**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Das Projekt zielt darauf ab, die lokale Zivilgesellschaft und ihre Beteiligung in Umweltfragen zu fördern, den Zugang zu Umweltinformationen zu verbessern und die Kooperation mit Behörden zu stärken. Im Zentrum des Projektes steht die Entwicklung eines Online-Instrumentes, um Umweltschäden zu identifizieren und Beteiligungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Das ‚Pametni Zeleni Telefon‘ (auf Deutsch: ‚schlaues grünes Telefon‘) ist die digitale Weiterentwicklung des Green Phone. Die Zielgruppe des Projektes umfasst sowohl zivilgesellschaftliche Akteur*innen als auch die Verwaltung in den Projektregionen der Stadt Zagreb und dem umliegenden Bezirk Zagrebacka Zupanija.

12. **BMUV**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

Das Projekt bringt in vier Städten lokale Umweltinitiativen mit Studierenden, Kommunalverwaltungen und fachfremden Akteur*innen wie Sport- und Kunstvereinen in Aktionsgruppen zusammen, um gemeinsam die Gestaltung und Reaktivierung einer bisher ungenutzten Fläche in ihrer Stadt mittels naturbasierte Lösungen (insbesondere Begrünung oder Teilentsiegelung) zu planen und diese Planung im Rahmen einer kreativen und medial begleiteten

13. **SenUMVK**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Berlin

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Änderung ihres Nutzerverhaltens Energie im Schulalltag einzusparen. Denn den am Projekt fifty/fifty beteiligten Schulen winkt als Dankeschön fürs Klimaschützen am Ende eines jeden Schuljahres bares Geld: die Hälfte der eingesparten Energiekosten wird dann vom Schulträger direkt an die beteiligten Schulen ausgezahlt.

14. **BMWK**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 230.001 bis 240.000 Euro

Schulen sind in Kommunen große Energieverbraucher verursachen hohe CO2-Emissionen. Als Orte, an denen zukünftige Generationen lernen, spielen Schulen eine besondere Rolle. Hier setzt das Projekt Visions2045 an. Ziel des Projekts ist es, Schulen auf ihrem Weg zur

Klimaneutralität zu begleiten und zu unterstützen. Das Besondere an diesem Projekt ist, dass Schulen aus 6 Kommunen und 3 Ländern zusammenarbeiten: Bulgarien, Polen und Slowenien.

15. BMWK

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro

Schulen sind in Das Projekt bringt über 300 Schüler*innen im Alter von 10 bis 15 Jahren sowie ihre Lehrer*innen aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Deutschland, Griechenland, Kosovo, Nord Mazedonien und Serbien im Rahmen der Schüler*innenkonferenz zum Thema “Transformation zu einer klimaneutralen Zukunft” in Elefsina, Griechenland, an einen Tisch. Auf der Grundlage thematischer interaktiver Spaziergänge durch Elefsina und durch aktive, partizipative Gruppenübungen entwickeln die Schüler*innen eine gemeinsame Vision, wie Klimaneutralität erreicht werden kann.

16. BMWK

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

In einem transdisziplinären Diskurs und unter Einbeziehung von lokalen Energieagenturen sollen Weichen für eine höhere Akzeptanz und ein besseres Verständnis von möglichen Technologien für eine energieeffiziente Gebäudesanierung gestellt werden.

17. Bundeszentrale politische Bildung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Übergeordnetes Ziel des Modellprojektes ist die Erstellung eines Konzeptes, das aufzeigt, wie die Integration von politischer Bildung und BNE in der beruflichen Bildung dazu beitragen kann, Klimakompetenzen zu entwickeln und dadurch berufliche Bildung im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation zukunftsfähig gemacht werden kann. Pilothaft soll in den Bundesländern Berlin und Brandenburg im Rahmen des Projektes im Jahr 2023 mindestens eine größere Dialogveranstaltung mit verschiedenen Stakeholder:innen organisiert und durchgeführt werden. Diese wird vom UfU zusammen mit Akteuren der politischen Bildung in Werkstätten vorbereitet, konzipiert und durchgeführt.

18. BMBF

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

In dem Forschungsprojekt „ChemKom“ untersuchen wir gemeinsam mit dem Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) und der Uni Hamburg die strategische Wissenschaftskommunikation von verschiedenen Akteur*innen am Beispiel der Risiken von PFAS, auch Ewigkeitschemikalien genannt.

19. Umweltbundesamt

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Praxisnahe Aufbereitung und Erläuterung der Gesetze zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren in Deutschland und der EU.

20. Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe Berlin

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Berlin

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

Das Kooperationsprojekt GrünHand Berlin wurde ins Leben gerufen, um drängende Herausforderungen auf dem Berliner Arbeitsmarkt zu adressieren und gleichzeitig einen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Förderung der globalen Zusammenarbeit zu leisten.

In Zusammenarbeit mit vietnamesischen Partnern entwickeln wir innovative Lösungen zur Fachkräftegewinnung und -qualifizierung. Ziel ist es, durch gezielte Rekrutierung und Ausbildung von jungen Menschen aus Vietnam nicht nur den Fachkräftemangel in Berlin zu lindern, sondern auch die berufliche Bildung und die Umweltkompetenz in Vietnam zu stärken. Durch wissenschaftlich fundierte Ansätze und enge Kooperationen schaffen wir nachhaltige und zukunftsfähige Strukturen, die sowohl den Anforderungen des Berliner Handwerks als auch den globalen Klimaschutzzieilen gerecht werden.

21. Europäische Union

Europäische Union

Berlin

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

In dem EU-Projekt „Environment, Rights, Children“ (ENRICH) schärfen wir das Bewusstsein dafür, wie sich Umwelt- und Klimakrise und die Rechte von Kindern überschneiden.

Dadurch wollen wir das Recht von Kindern auf Beteiligung in Umweltangelegenheiten fördern. Das UfU ist als einer von sieben europäischen Projektpartnern an dem Projekt beteiligt.

22. Erasmus + und Deutsche Bundesstiftung Umwelt

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

Mit diesem Projekt schaffen wir ein Bewusstsein für eine nachhaltige und gerechtere Welt:

Mit einer speziell auf Grundschulen für die Altersstufen 9-11 Jahre ausgerichteten

Lernplattform werden Lern- und Lehrmaterialien zu den 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (kurz: SDGs) angeboten.

23. Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt Berlin

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Berlin

Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro

Im Rahmen des Projekts werden 3-tägige Fortbildungen konzipiert und durchgeführt.

Klimaschutzrelevante Kompetenzen werden darin, unterstützt von Fachexpert*innen,

verstärkt und aufgebaut. Durch die gemeinsame Entwicklung von Lehrmaterialien (OER) und den aktiven Transfer erarbeiteter Materialien in die Lehr- und Arbeitspraxis, sollen Klimaschutz und Nachhaltigkeit wirkungsvoll in Aus- bzw. Weiterbildungsstätten sowie Unternehmen integriert werden.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

10.001 bis 20.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Jahresabschluss-2024.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[Code-of-Conduct.pdf](#)